

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rünsahl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. f. w.

Druck und Verlag: Wllh. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 28

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.
Bezugspreis: Vierteljährlich durch die Post M. 27.—
monatlich M. 9.—

Halver

Donnerstag, den 2. Februar 1922

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe und 45 mm Breite
40 Pfg., auswärts 50 Pfg., im Reklametel 1 mm hoch
90 mm breit 2.00 M.

22. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Infolge Verschiebung der Konferenz der Außenminister rechnet man mit einem Aufschub der Konferenz in Genua, die wahrscheinlich erst nach Ostern zusammentreten wird.

* Der Finanzminister will einen Gesetzentwurf einbringen, durch den er ermächtigt wird, Wirtschaftsbetrieben für Beamten in besonders teuren Orten auszuwählen.

* Die Reparationskommission hat den alliierten Regierungen die Denkschrift des deutschen Reichskanzlers übermittelt, ohne dabei ein Urteil über den Wert der deutschen Vorschläge zu äußern.

* Japan hat die Vorschläge über die Befestigungen im Pazifischen Ozean angenommen.

* Der Dollar wurde an der Berliner Börsenbörse mit 200,90 Mark bewertet.

Anleihepläne.

Die Zwangs-anleihe wird kommen, das unterliegt keinem Zweifel mehr. Denn Regierung und Reichstagsmehrheit haben sich feierlich auf sie festgelegt, und auch der Entente gegenüber hat der Reichskanzler die Verpflichtung übernommen, den Versuch zu machen, auf diesem Wege die Leistungsfähigkeit Deutschlands zur Erfüllung seiner Schuldverpflichtungen zu erhöhen. Aber wer geglaubt hat, die Zwangs-anleihe werde die Möglichkeit einer freiwilligen inneren Selbstaufnahme des Reiches ausschließen, der hat die nahezu verzweifelte Lage unserer Staatsfinanzen doch noch immer nicht genügend ernst eingeschätzt. Reichsfinanzminister Hermes hat jedenfalls die Gelegenheit seiner Staatsrede im Reichstag dazu benutzt, um dem Volke in dieser Beziehung jede Illusion zu nehmen. Nicht Zwangs-anleihe oder freiwillige Anleihe, sondern Zwangs-anleihe und freiwillige Anleihe heißt die Parole. Denn mit der einen Goldmilliarde, die im Zwangswege auf den Markt gebracht werden soll, können wir nicht einmal den Wiederherstellungshaushalt ins Gleichgewicht bringen. Deshalb werden wir auch versuchen, verschulden müssen, an die Freiwilligkeit der Geldbesitzer zu appellieren. Nicht heute und nicht morgen, sondern erst, wenn das Vertrauen an die Festigkeit des Reiches wieder hergestellt und die äußeren Lasten auf ein erträgliches Maß zurückgeführt sind, sagt Dr. Hermes, denn sonst erleben wir abermals einen Mißerfolg, wie bei der Sparprämienanleihe.

Freilich, Zeitpunkt und Ort der freiwilligen Anleihe schweben eben noch so im Dunkeln wie alle näheren Bestimmungen über die Zwangs-anleihe. Im Grunde ist, was diese betrifft, noch gar nichts näher ausgemacht, als nur das eine, daß sie für die ersten drei Jahre überhaupt nicht und später nur gering verzinst werden und daß erst von einer bestimmten Vermögenshöhe ab zugerechnet werden soll. Natürlich werden hier schon vermutungsweise die verschiedenen Summen genannt. Man spricht von einer unteren Grenze von 100 000 Mark, die frei bleiben soll. Man glaubt weiter, daß für die Veranlagung ein neuerer Stichtag als der 31. Dezember 1919, der Tag für die Veranlagung des Reichsnotopfers, in Betracht kommen kann, weil damals der Vermögensbestand im Reich zum letztenmal aufgenommen worden ist. Bis zur nächsten, durch die neuen Vermögenssteuer bedingten Bestandaufnahme zu warten, geht nicht an, weil das Reich so lange auf die Einnahmen nicht warten kann, die die Zwangs-anleihe ihm bringen soll. Und wenn es auch sicher ist, daß seit dem genannten Stichtag sich abermals sehr erhebliche Vermögensveränderungen vollzogen haben, so muß man deren Erfassung doch notgedrungen der Zukunft überlassen, wenn anders nicht die Steuerbehörde vor Aufgaben gestellt werden soll, denen sie unmöglich gewachsen sein kann. Auch die freiwillige Anleihe, mit der für absehbare Zeit gerechnet wird, schwebt vorläufig noch sozusagen völlig in der Luft. Von der Kredithilfe der Industrie, die Ende des vorigen Jahres so sehr viel von sich reden machte, ist es mittlerweile stiller und stiller geworden. Weiß doch auch niemand, wie weit seine Opferwilligkeit und Opferfähigkeit für Staat und — Entente in naher oder ferner Zeit in Anspruch genommen werden wird. Es heißt, daß die Produktionsstände von weitergehenden Plänen, die sie früher verfolgten, Abstand nehmen und erst einmal abwarten wollen, was geschehen wird. Schon hört man, daß in den Kreisen der Industrie arge Verwirrung über die Reichstagsauflösung des Finanzministers herrscht. Man rechnet in diesen Kreisen mit einer großen Geldknappheit im Frühjahr, da um diese Zeit doch schließlich einmal die Sachleistungen beginnen müssen, und kann sich keine rechte Vorstellung davon machen, woher daneben noch die Mittel für eine freiwillige Anleihe fließen sollen, zumal ja mittlerweile auch die endlich veranlagten Einkommensteuerbeträge zur Einziehung gelangen. Und wenn in der Presse hier und da davon die Rede ist, daß die innere Anleihe bei den ersten Kapitalgruppen Deutschlands möglich gemacht werden solle, also bei Industrie und Banken, bei Handel und Landwirtschaft, so sind solche Prophezeiungen natürlich ungemein billig. Wer aber dazu berufen wäre, sie in die Wirklichkeit überzuführen, würde doch wohl bald erkennen müssen, daß schließlich auch die Geldflüssigkeit unserer produktiven Stände ihre Grenzen hat.

Kurzum, reden und schreiben über die Deckungsmöglichkeiten für den ungeheuren Geldbedarf des Reiches läßt sich gewiß mehr, als man verantworten kann. Zu bedauern sind nur die armen Finanzminister, die von ausländischen und inländischen wegen dazu verurteilt sind, aus Säckel Gold zu machen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Steuern und Koalition.

Nach dem Abschluß des Steuerkompromisses plant das Parlament, die Verabschiedung der Steuervorlagen im Reichstage in der ersten Februarhälfte durchzuführen. Ob die Deutsche Volkspartei allen Steuerplänen zustimmen wird, ist noch eine offene Frage. Eine Beteiligung der Deutschen Volkspartei an der Regierung ist zunächst nicht beabsichtigt, die Partei will erst die weitere Entwicklung der Dinge abwarten und sich vorläufig freie Hand bewahren. Möglich ist, daß die Demokraten wieder durch Rathenau als Außenminister im Kabinett vertreten werden. Ferner soll der Kanzler den Wunsch hegen, den Posten des Finanzministers einem Volksparteiler anzubieten.

Bayern und die Justizreform.

Im Haushaltsausschuß des bayerischen Landtages wurden die Reformpläne des Reichsjustizministers Rathenau besprochen. Hofrat Dr. Meyer erklärte, schwere Bedenken habe die bayerische Justizverwaltung gegen den Plan des Reichsjustizministers, durch eine Novelle die Ehecheidung zu erleichtern. Man solle sich hüten, durch Verletzung heiliger Gefühle weitestverbreiteter Volkskreise, die die Ehe als Grundlage von Familie und Staat ansehen, gefährliche Weltanschauungsgegensätze wachzurufen. Der Redner sprach sich weiter gegen die Aufhebung des Paragraphen 175 des Strafgesetzbuches aus und bemerkte ferner, daß der Reichsjustizminister neuerdings eine Reichsamnestie anregte, die aber von Preußen und Bayern abgelehnt werde.

Das Gesetz über das Branntweinmonopol.

Der Reichsausschuß für Branntweinmonopol erließte in zweiter Lesung das Gesetz über das Branntweinmonopol. Auf Antrag der Deutschnationalen erhielt Paragraph 177 einen Zusatz, der bestimmt, daß Oberbrennereien, deren Inhaber in den abgetretenen Gebieten eine Brennerei besaßen, die sie aufgeben mußten, und im jetzigen deutschen Reichsgebiet fortsetzen wollten, auf Antrag bereits im Betriebsjahr 1921-22 zum Brennrecht zu veranlassen sind. Das Gesetz soll am 1. Oktober 1922 in Kraft treten.

Frankreich.

Widerstand gegen deutsche Sachleistungen. Die augenblicklich herrschende Unsicherheit in der Reparationsfrage sucht der „Temps“ durch die Lage des Schuldners zu erklären. Der französische Staat, der Gläubiger Deutschlands, sei nicht darauf vorbereitet, schon von diesem Jahre an deutsche Sachlieferungen im Werte von einer Milliarde Goldmark zu empfangen und nutzbar zu machen. Der deutsche Staat, als Schuldner Frankreichs, könne unsicher sein, die finanziellen Bedingungen seines Programms, d. h. Sparsamkeit im Budget und Zwangs-anleihe durchzuführen. Es könne also der Fall eintreten, daß Frankreich nicht alle die Waren annehmen könne, die Deutschland anbiete. Es sei aber auch möglich, daß Deutschland gezwungen sei, weiteres Papiergeld auszugeben und dadurch einen neuen Marksturz hervorzurufen.

Aus In- und Ausland.

Braunschw. Die Landtagswahlen sind vom Senatspräsidenten Hampe insoweit angefochten worden, als bei der Wahlwahl mehrere hundert Stimmen wegen ungenügenden Verschlusses der Urumschläge für ungültig erklärt worden sind.

Paris. In den Kreisen der alliierten Diplomaten macht sich immer mehr der Gedanke geltend, daß der Zusammentritt der Konferenz von Genua um etwas verschoben werden sollte.

Paris. Die Konferenz der Außenminister von England, Frankreich und Italien zur Behandlung des Orientproblems soll nicht vor dem 9. Februar erfolgen, da am 7. Februar die Sitzungen des britischen Parlaments wieder ausgenommen werden.

Paris. In Kallutta brachen ernste Unruhen aus bei dem Versuch, Gefangene aus den Händen der Polizei zu befreien. Die Polizei feuerte, es gab Tote und Verwundete. 400 Personen wurden verhaftet.

Dissabon. Fast alle Kandidaten, die aus den Wahlen zur gesetzgebenden Körperschaft hervorgegangen sind, gehören den verschiedenen Gruppen der republikanischen Partei an. Die Monarchisten sind überall in der Minderheit geblieben.

Warschau. Die Zeitungen teilen mit, Nymur werde zum Herzog von Schlesien ernannt werden. Das schlesische Herzogtum werde in sieben Bezirke eingeteilt werden. Die Gerichtsorganisation werde dem Präsidenten des Kreisgerichts im Polnisch-Leschen, Kochanski, anvertraut.

Warschau. Zur Konferenz von Genua wird die polnische Regierung eine Vertretung Oberschlesiens delegieren, der auch Korfanty angehören soll.

Kowno. Der litauische Präsident Stulginskis betraute den derzeitigen Vertreter der litauischen Regierung beim Völkerbund und früheren Ministerpräsidenten Galvanauškas mit der Bildung des Ministerkabinetts.

Deutscher Reichstag.

(164. Sitzung.)

CB. Berlin, 31. Januar.

Der Gesetzentwurf über den Haushaltsplan 1922 wurde gestern nach Beendigung der ersten Lesung dem Haushaltsausschuß überwiesen, nachdem die Abg. Schaubmann (Soz.), Dr. Reichert (Deutschnat.) und Dr. Quabach (Deutsche Vp.) dazu gesprochen hatten. Heute wurden einige kleine Anfragen erledigt, und darauf ging das Haus an die

Weiterberatung des Reichsetats für 1922.

Abg. Dietrich-Waden (Dem.) bemerkte, das Bestreben des Finanzministers, die Verwaltung zu vereinfachen, findet unseren vollen Beifall. Hoffentlich wird die innere Anleihe so gestaltet, daß sie eine gute Aufnahme findet. Es handelt sich hier um eine Angelegenheit der äußeren Politik, denn die Reparationslasten werden wir niemals tragen

können, so lange wir eine passive Handelsbilanz haben. Das geleistet werden kann, muß geleistet werden, aber grundsätzlich ist eine Ordnung unserer Finanzen unter dem Druck der Reparationslasten eine Unmöglichkeit. Die Betriebsverwaltungen müßten mit einem kleinen Beamtenheer arbeiten können, namentlich den oberen Beamten müßte klargemacht werden, daß sie denken und nicht bloß ihre Dienstzeit abfristen sollen. Der Redner führte ein Beispiel für bürokratische Schwerefälligkeit an und bemerkte dazu, wenn der Beamte seinen Kopf statt des entgegengesetzten Körperteils in Anspruch genommen hätte, wäre die Angelegenheit durch ein Telefongespräch erledigt gewesen und das Reich hätte große Summen gespart. Der Redner bemängelte weiter die viel zu große Beamtenmenge in verschiedenen Reichsministerien. Dabei erwähnte er, daß ein Direktor der Zigaretten-Einkaufsgesellschaft, der schon Anfang 1921 wegen verurteilter Bestechung gerichtlich bestraft wurde, heute noch sein monatliches Gehalt von 6000 Mark bezieht. Bei solchen Zuständen, rief der Redner aus, gehe der Glaube an den Staat verloren. (Zurufe im Hause: „Sehr richtig!“) Den Eisenbahnbeamten müßte gesagt werden, daß auch sie den Bogen nicht überspannen dürfen. Ein Streikrecht können die Beamten nicht beanspruchen, wenn sie nicht auf ihre Beamtenrechte verzichten wollen. Sechs Zehntel der unterstützten Erwerbslosen Deutschlands befinden sich in Berlin. Die Ordnung der Berliner Verhältnisse ist die Voraussetzung für die Gesundung Deutschlands. Der furchtbare Notlage der Hausbesitzer und Rentner muß abgeholfen werden.

Die Notlage der Presse

sollte der Eisenbahnverwaltung den Gedanken nahelegen, ob nicht das Zeitungspapier in einer niedrigeren Tarifklasse befördert werde. Von den wahnwitzigen Putschabsichten ist man jetzt wohl, rechts wie links, abgekommen. Wir müssen uns im Innern verstehen lernen, damit wir auch nach außen die notwendige Einheitslinie führen.

Abg. Erling (Zentr.) führte aus, die schlechte Lage der Staatsfinanzen erlaube es leider nicht, den breiten Volksschichten zu helfen, die heute unter der Geldentwertung leiden. Ob der rechnungsmäßig ausgeglichene Haushalt der rauen Wirklichkeit standhalten wird, ist zweifelhaft. Wir müssen ernstlich sparen. Die Vereinfachung der Verwaltung ist notwendig. Die Steuerermäßigungen müssen endlich klar zwischen Reich, Ländern und Gemeinden geteilt werden. Die Gemeinden müssen sich auch nach der Decke strecken, besonders auch in der Beamtenbesoldung. Dem Ultimatum der Reichsgewerkschaft der Eisenbahner gegenüber sagen wir: „Regierung, bleibe hart!“ Dieses Ultimatum richtet sich eigentlich gegen das deutsche Volk. Das Beamtenrecht ist mit dem Streikrecht nicht zu vereinbaren. Die Zeitung dieser Reichsgewerkschaft arbeitet seit langem planmäßig auf einen Streik hin. Sie erläßt für die Streikdurchführung Bestimmungen so rigoros und volksfeindlich, wie sie niemals eine christliche oder sozialistische Gewerkschaft erlassen hat. Der Redner sprach sich noch über nähere Einzelheiten der Vorbereitung dieses Streiks aus und fuhr dann fort, in den letzten sechs Monaten sind 30 bis 35 Milliarden für Beamtengehältererhöhungen ausgegeben worden, und da wagt es die Streikleitung der Reichsgewerkschaft in einem Flugblatt zu behaupten, das Deutsche Reich habe gar nichts für seine Beamten getan.

Abg. Henke (U.-Soz.) meinte, die Streikleitung der Eisenbahner sei bei ihrer wirtschaftlichen Notlage begreiflich, und durch Erlasse, wie den des Reichsverkehrsministers, würde die Katastrophe nicht verhindert, sondern geradezu heraufbeschworen werden. Weiter wandte sich der Redner gegen den Kapitalismus, wobei er bemerkte, die Kreditaktion der Industrie sei ein Mandat der Schwerindustrie gewesen, um die Reichsfinanzen unter ihre Überwachung zu bringen.

Nach dem Abg. Henke sprach der Abg. Gumminger (Bayer. Volksp.). Er bezeichnete die Geschichten von Verschwörungen, um die Monarchie in Bayern wieder herzustellen, als Unmündigkeiten, denen man viel zu viel Bedeutung beimeße. Daraus ging der Redner ausführlich auf die gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse ein.

Regierung und Eisenbahner.

Keine Verhandlungen mit streikenden Beamten.

In der neuen Krise im Verkehrswesen, die durch die Streikpläne der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner hervorgerufen ist, nimmt die Regierung den Standpunkt ein, daß Beamte unter keinen Umständen das Recht zum Streik haben. Darum will auch die Regierung mit streikenden Beamten auf keinen Fall in Verhandlungen eintreten. Vielmehr soll gegebenenfalls versucht werden, durch Beamte anderer Kategorien die eventuell den Dienst verweigenden Lokomotivführer und sonstigen Zugbeamten zu ersetzen. Das Kabinett äußerte sich in voller Einstimmigkeit dahin, daß „die innere und äußere Lage unseres Landes nicht duldet, daß von verantwortungsloser Seite durch Lahmlegung des Eisenbahnverkehrs die Hand an die Gurgel des Staates gelegt wird.“ Die Regierung will deshalb mit äußerster Energie gegen solche Bestrebungen vorgehen. Gegen die Streikleitung der Reichsgewerkschaft erhebt sich auch

in ihren eigenen Reihen Widerspruch.

Die Gruppe der Oberbeamten ist schon vor einiger Zeit aus der Gewerkschaft ausgetreten, weil sie, wie amtlich erklärt wird, keine Lust hatte, die unvermeidbare Radikalisierung mitzumachen. Auch der bayerische Verkehrsbeamtenverein hat seinen Austritt vollzogen. Die Regierung weist besonders darauf hin, daß der Streikbeschluss sachlich unbegründet sei, da die Reichsregierung sich zur Aufstellung der gesamten Besoldungsfrage bereit erklärt habe. Ferner will der Finanzminister einen Gesetzentwurf einbringen über die Frage der Wirtschaftsbeteiligten an Beamten in Orten mit schwieriger wirtschaftlicher Verhältnisse. Das ist für die Eisenbahnbeamten eine unsozialer, als hinsichtlich der Höhe der Wirtschaftsbeiträge für die Eisenbahnarbeiter im Industriegebiet und im größten Teil des besetzten Gebietes bereits eine Einigung mit der Verwaltung erzielt ist und als die Erledigung auch für den Rest des Reichsgebietes in aller nächster Zeit in Aussicht steht.

Die Eisenbahndirektionspräsidenten haben vom Verkehrsminister den Auftrag erhalten, durchaus selbständig

aus weiter anzuwenden, um den Verkehr, so gut es geht, aufrechtzuerhalten. Einmischung von Streikenden in irgendwelche Betriebe soll keinesfalls geduldet werden. Beim letzten wilden Eisenbahnarbeiterstreik in Dresden war die Weisung des Verkehrsministers, keine Verhandlungen zu führen, befanntlich nicht befolgt worden.

Polnische Vorbereitungen in Oberschlesien.

Schwierige Justizfragen.

Die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen werden voraussichtlich Ende Februar beendet sein, und dann wird der Vertrag binnen zwei Wochen dem Reichstag und dem Warschauer Sejm zur Ratifikation vorgelegt. Nach Austausch der Ratifikationsurkunden beginnen dann die im Genfer Entscheid bestimmten Fristen zu laufen. Nach § 6 der Anlage zum Artikel 88 müssen die polnischen Behörden im Laufe eines Monats die Verwaltung des an Polen abgetretenen Gebietes übernehmen. Die Polen haben inzwischen umfangreiche Vorbereitungen für diese Übernahme der Verwaltung getroffen. Durch Beschluß des Warschauer Kabinetts ist in Warschau ein Departement für oberschlesische Angelegenheiten eingerichtet worden, das in eine Abteilung für Bergbau und eine Abteilung für Handels- und Industrieangelegenheiten zerfällt. Von polnischer Seite sind umfassende Pläne in Bezug auf den Ausbau von Wasserstraßen in Vorbereitung, zu denen man bis zu 60 Prozent ausländisches Kapital heranziehen will. Die deutsche Sozialgesetzgebung, so zum Beispiel das Betriebsrätegesetz, soll im polnischen werdenden Teil Oberschlesiens erhalten bleiben.

Große Schwierigkeiten bereitet den Polen die Übernahme der Justizverwaltung. Hier ist namentlich ein sehr fühlbarer Richtermangel zu spüren. Es sollen 60 Richter aus Kongregaten, 20 aus Polen und Pommerellen nach Oberschlesien versetzt werden. Ferner will man Rechtsanwältinnen mit kommissarischen Richterstellen betrauen. — Die deutsche Regierung wird in Katowitz ein deutsches Konsulat errichten. Im deutsch verbleibenden Teil Oberschlesiens werden vor allem Gleiwitz und Hindenburg fortan eine besondere Rolle spielen. Hindenburg soll in aller nächster Zeit Stadt werden.

Arbeitsgerichte.

Schnelles und billiges Verfahren.

Im Reichsarbeitsministerium ist der Entwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes fertiggestellt worden. Er soll in kürzester Zeit mit den Vertretern der Spitzenverbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer beraten werden.

Nach dem Vorbild der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte will der Entwurf einheitliche Arbeitsgerichte nach dem Vorbild der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte einrichten und die Vorzüge eines schnellen und billigen Verfahrens unter paritätischer Heranziehung von Laienrichtern allen Arbeitnehmern zugänglich machen. Im Interesse der Rechtseinheit und der zweckmäßigen Ausnutzung vorhandener Einrichtungen sollen die neuen Arbeitsgerichte mit den ordentlichen Gerichten in eine organische Verbindung treten, bei der die erforderlichen sozialen Bürgschaften gesichert sind. Hierdurch soll zugleich erreicht werden, daß die ordentlichen Gerichte, anstatt durch Abtretung großer wichtiger Rechtsgebiete zu verkleinern, auch auf ihren sonstigen Tätigkeitsgebieten unter dem Einfluß der Beschäftigung mit sozialen Fragen in enger Fühlungnahme mit sachkundigen Laien stehen.

Durch die im Entwurf vorgesehene Übernahme der Vorsitzenden der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte als Vorsitzende der neuen Arbeitsgerichte soll ihre in langjähriger Praxis gewonnene Erfahrung nicht nur für die Rechtsprechung der Arbeitsgerichte, sondern auch für die Heranbildung eines Stammes jüngerer Juristen, die künftig zu Vorsitzenden von Arbeitsgerichten berufen werden, nutzbar gemacht werden.

Neue Wirtschaftsformen.

„Horizontale“ und „vertikale“ Gliederung.

Zunächst war es die Schwerindustrie, die nach dem Kriege eine Umstellung des Aufbaues begann, um so widerstandsfähiger für den Druck veränderter Verhältnisse zu sein. Der Verlust wichtiger Rohstoffgebiete, der Zwang, selbst die Eisenerze künftig zum größten Teil aus dem Ausland beziehen zu müssen, führte dazu, in anderen Formen die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie im Ausland zu erhöhen.

Schloß Lindenstein.

Roman von Fritz Damm.

26

Mühsam machte sie einige Schritte. Auf einmal ertönte eine Donnerstimme aus dem Walddunkel heraus: „Halt! Wer da? Rühr dich nicht, sonst bekommst du eine Kugel!“ Lore ließ die Handtasche fallen, stieß einen Schrei des Entsetzens aus und sank in die Knie.

Übermals ertönte die Stimme: „Sieh doch mal nach, was wir da für eine Jungfer erwisch haben. Wer mag sich denn hier des Nachts herumtreiben?“

Plötzlich flammte das Licht einer Blendlaterne auf. Lore schloß die Augen und sank in die Arme eines jungen Menschen im grünen Jagdanzug. Dieser rief: „Kommt schnell her, Dunkel, das ist eine feine Dame!“

Drummen kam Forstmeister Rohned näher. Wie erschrocken er aber, als er Lore erkannte. „Um Gottes willen, gnädiges Fräulein, wie kommen Sie hierher?“

Der Klang der bekannten Stimme tat ihr so unendlich wohl. Die bange Spannung wich, aber auch ihre Kräfte verließen sie. Der Alte nahm sie in seine Arme und sagte: „Junge, nimm die Tasche auf und trage mein Gewehr, mit dem Gang heute Abend ist es nichts! Jetzt muß das Fräulein schnellstens nach Hause gebracht werden.“

Blitzschnell richtete sich Lore in seinen Armen auf.

„Nicht ins Schloß! Nicht nach Lindenstein!“

„Na, ich danke, gnädiges Fräulein! So weit könnte ich Sie nicht tragen. In einer guten Viertelstunde sind wir in Hindengrund bei Mattern!“

Da beruhigte sich das Mädchen und legte den Kopf an die Schulter des Alten, der sie in seinen starken Armen sicher dahintrug. Nach Ablauf der vorhergesagten Zeit langte man in Hindengrund an, wo die vor Schreck und Staunen ganz verwirrte Forstmeisterin auf die verschiedenen wohnhaften Anwesen ihres Ehegemahls hin rasch eine Gaststube öffnete und die erschöpfte Lore zu Bett brachte.

Die Forstmeisterin ging dann ebenfalls zur Ruhe und Rohned paffte seine Pfeife weiter, bis er vom Schloß aus angerufen wurde. Nach der kurzen Unterhaltung ging auch er brummend zu Bett und tiefe Stille herrschte im Hause.

Dabei spielte die Preisklage eine erhebliche Rolle. Einmal in Hinsicht auf die Kosten des Bezuges ausländischer Rohstoffe, sodann in Hinsicht auf die Lasten, die die deutsche Wirtschaft als Folge des verlorenen Krieges zu tragen hat. Die Umstellung ging so vor sich, daß Kohlengruben und Eisenhüttenwerke sich zusammenschlossen, um schließlich die weiterverarbeitenden Industriezweige in sich aufzunehmen. Der Zweck war, eine Herabdrückung der Generalumkosten zu erzielen. Während bisher Kohlen- und Erzgruben ihre Rohstoffe den Hüttenwerken mit Gewinn veräußerten, wurde dieser Gewinn durch die Zusammenlegung der Betriebe zur Verstärkung der eigenen finanziellen Mittel aufgespart. Aber nicht dieser Gewinn war es allein, der den Zusammenschluß herbeiführte, sondern vielmehr die Erwägung, daß sich kostspielige und unnütze Zwischenglieder ausschalten, Verwaltung und Vertrieb vereinfachen ließen. Ähnliche Erwägungen sprachen mit, als Maschinenfabriken und schließlich auch große Verkaufsorganisationen hinzutraten. Es ist für diese Entwicklung die Bezeichnung „horizontale“ und „vertikale“ Gliederung aufkommen.

Unter vertikaler Gliederung ist zu verstehen, daß ein Betrieb gleichartige Betriebe aufsaugt, also daß Bergwerks-Gesellschaften oder Lokomotiv- und Waggonfabriken sich zusammenschließen. Horizontale Gliederung bedeutet, daß der Zusammenschluß gewissermaßen in der Richtung vom Rohstoff bis zum Fertigzeugnis erfolgt. Dies ist der Fall, wenn Eisenerz- und Kohlengruben sich mit Hüttenwerken und Maschinenfabriken verschmelzen, oder wenn Webereien oder Spinnereien sich Fabrikbetriebe der Herren- und Damenkonfektion angliedern. Im technischen Sinne sind diese Wirtschaftsformen nicht neu. Aber Kartell- und Syndikatsbildungen sind wir damit hinausgelangt. Wesensverschieden davon sind die großen Riesentrüste, deren echte Heimat aus Tatsachen des Rechts- und Wirtschaftslebens die Vereinigten Staaten von Amerika sind. Das Beispiel, das die Schwerindustrie gab, hat auch in Handel und Gewerbe Nachahmung gefunden. Hier sind es vor allem die Warenhäuser der Großstädte, die sich vertikal und horizontal umzustellen beginnen. Je größer die Zusammenballung der verschiedenen Warenhäuser, desto größer die Wahrscheinlichkeit, durch Herabdrückung der Generalumkosten beim Angebot der Waren auf die gesunkene Kaufkraft des Inlandsmarktes Rücksicht nehmen zu können. Nun versucht die größte deutsche Warenhaus-Konzern, sich auch horizontal auszudehnen, d. h. er nimmt Kleiderfabriken sowie große Spezialgeschäfte der Konfektion in sich auf, um so seinen Wirkungskreis immer weiter auszudehnen. Die bisher gemachten Erfahrungen genügen nicht, um die Zweckmäßigkeit dieser Entwicklung zu bejahen. Wir leben unter viel zu unergiebigen wirtschaftlichen Verhältnissen, um den Wert unter Wirtschaftsförmlichkeiten erschöpfend, die für normale Zeiten gedacht und geschaffen sind, beurteilen zu können.

Locales und Provinzielles.

Halver, den 2. Februar 1922

□ Lichtmeß (2. Februar.) Es gibt in alter Bauernweisheit die durchaus nicht immer Uberglauben ist, sondern sich auf sorgfamer Beobachtung der Natur stützt, sogenannte Losstage, d. h. bestimmende Tage, die wie Wegweiser am Wege der Zeit stehen. Ein solcher Wegweiser zum Wetter der Zukunft ist auch der Tag Maria Lichtmeß, der als ein Tag des Frühlingsbeginns schon seit alten Zeiten gilt. Die Wetterprüche: „Wenn's am Lichtmeß schneit, ist der Frühling nicht mehr weit, ist's dagegen klar und hell, kommt der Frühling nicht so schnell“, und „Lichtmeß im Alee — Ostern im Schnee“ sind allgemein bekannt. Wenige aber werden wissen, daß dieser Tag von alters her Fasttag und Fastenabend, und vor allem Fasttag für die Diensthöfen gewesen ist. Gesponnen darf am Lichtmeßtag nicht werden, die Bäuerin stellt einen Koden mit Flachs auf den Mist, „damit der Hahn dran spinne“. In Medlenburg forderte eine alte Vorschrift, daß die Weiber am Lichtmeßtag bei Sonnenschein tanzen, damit ihnen der Flachs gedeihe. Andererseits dient der Lichtmeßtag auch zur Veranschaulichung von allerlei Anekdote. Seinen Namen hat der Lichtmeßtag daher, daß sich die Gläubigen Kerzen und Wachstichter kirchlich segnen lassen, die sie dann während des Jahres in ihren Häusern bei Krankheit, gegen Gespenster und Hexen, namentlich gegen Hagel und Unwetter verwenden.

— * Die Gebühren für Gebarmen sind für den Reg.-Bez. Arnsberg folgendermaßen festgesetzt worden: 1. bei einer regelmäßigen Geburt bis zu 8 Stunden 100—200 Mark, für jede folgende Stunde 8—12 Mk.; 2. bei einer Zwillingsgeburt oder einer

mit Schwierigkeiten verbundenen Entbindung, auch wenn ein Arzt zugezogen wurde 120—250 Mark; 3. bei einer Fehl- oder Frühgeburt bis zu 6 Stunden 80—160 Mark, für jede folgende Stunde 8—12 Mark; 4. für jeden Wochenbesuch bei Tage die angefangene Stunde 8—12 Mark, bei Nacht 16—24 Mark; 5. dasselbe für jeden sonstigen Besuch. Für sonstige Leistungen, Wachen usw. sind besondere Gebühren festgesetzt. Die niedrigsten Sätze treten ein gegenüber nachweislich Unbemittelten, Armenverbänden und Krankenkassen: im übrigen sind die besonderen Umstände, Schwierigkeit und Zeitdauer der Leistungen und die Vermögenslage des Zahlungspflichtigen maßgebend.

— & Halver, 1. Febr. An der hiesigen Rektoratsschule wurde heute der neugewählte Lehrer Kohler aus Düsseldorf für die Quintaklasse durch den Rektor der Anstalt im Beisein der Lehrerschaft in sein Amt eingeführt. Seit den Herbstferien war die Stelle nur Vertretungsweise besetzt.

— Halver, 1. Febr. Da der Heilungsprozeß durch erlittenen Oberschenkelbruch des Herrn Pastor Dr. Große-Dresselhaus voraussichtlich mehrere Wochen in Anspruch nehmen wird, so wird Herr Pastor D. Dresbach die Geschäfte seines Amtsbruders mit übernehmen. Der kirchliche Unterricht für die Katechumenen und Konfirmanden wird an den Samstagen mit je einer Stunde abgehalten.

— Halver, 1. Febr. Aus dem Kreise unserer Leser schreibt man uns: Mit dem heutigen Tage treten die erhöhten Tarife der Eisenbahn in Kraft eine Erhöhung, die in der Kette der bis dahin schon mehrfach durchgeführten, eine ziemlich fühlbare Ausgabe verursacht. Recht deutlich trat dieses, am letzten Tage des alten Tarifs, in die Erscheinung. Überall auf den Bahnsteigen stauteten Menschenmengen und alle Züge waren überfüllt. Am hiesigen Bahnhof konnte der Billetschalter den Mittagsszug nicht einmal mit Fahrkarten abfertigen und nicht wenige hatten dadurch den Nachteil, den Anschluß zu verpassen. Ob dieses überhaupt vorkommen dürfte, daß der Schalter in dieser Weise den gestellten Anforderungen nicht genügt, mag die Direktion prüfen. Unliebsame Nachteile sind für die Beteiligten die Folge und läßt sich der Anschluß erst um 3 Uhr nachholen. — Ein nicht minder wichtiger Tag bedeutet derselbe für die R.-A.-Schmalspurbahn, die mit dem heutigen Tage den Personenverkehr einstellt, allerdings in der Hoffnung, einmal, nachdem die Verhältnisse in manigfacher Beziehung Besserungen gebracht, in gepulstem Gewande den Betrieb wieder voll aufzunehmen. Auf 35 Betriebsjahre zurückschauend, war die R. A. S. in den Jahren ihres Anfangsbetriebes eine gefeierte Errungenschaft, obgleich auch wohl nicht Stimmen fehlten, die eher ein Hindernis als ein Fortschritt in dieser Bahn zu erblicken glaubten. Und heute dürfte diese schon damalige Voraussicht sich mittlerweile bestätigt haben. Gewiß auf die Entwicklung des östlichen Teiles unserer Gemeinde hat sie nicht wenig eingewirkt, es soll dabei nicht gesagt sein, daß die Ansiedelung der Wohngebäude ausnahmslos darauf zurückzuführen ist, obgleich diese in einem gewissen Zusammenhang mit der Industrie stehen. Dedinghausen — Carthausen kann unter dem Einfluß dieses Verkehrsmittel keine nennenswerte Entwicklung nachweisen. Aber — das dürfte auf das Vorhandensein der R. A. S. entscheidend eingewirkt haben, das die Staatsbahn Oberbrügge — Ehringhausen — Halver erbaut wurde und die wirtschaftlich gut entwickelte Gegend, die die größte Ausdehnungsfähigkeit bot, für vorläufig unabsehbare Zeit die Möglichkeit der Entwicklung genommen ist. Mehr denn je wird die Industrie Fühlung suchen müssen an direkte Verkehrswege, abgelegene Betriebe dürften im Laufe der Zeit, durch die ungeheuren Nachteile der Frachten, an ihrer Konkurrenzfähigkeit erheblich einbüßen. In diesem Zusammenhang war die Erbauung der R. A. S. ein unbeschreiblicher Nachteil für die Entwicklung unserer Gemeinde. Es dürfte durchaus kein Fehlschluß sein, anzunehmen, das falls dieser Bau unterblieben wäre, eine Staatsbahn früher als 1910 Halver berührt hätte,

11. Kapitel.

Die Nacht ist vorüber, ein rosiges Leuchten zittert über den Himmel, versunken ist das Dunkel, ein neuer Morgen bricht an.

Was wird der Tag bringen. Hellen Sonnenschein oder Sturmwolken.

Auch jener ernstblickende Reiter am Höhenbunde dort oben mag diese Frage an das Schicksal richten. Stumm und bewegungslos sitzt er auf seinem Pferde und sieht hinunter in den Talgrund, wo halbversteckt, unter den dichten Linden die Forstmeisterei liegt.

Der einsame Reiter sieht unverwandt nach den hellblühenden Fenstern des Hauses. In seinen Augen brennt ein stilles Sehnen, ein Suchen nach Glück. Da drängen ein paar Laute gedämpft herauf und schrecken ihn aus seinem Träumen. Das Knarren eines Pförchens, der kurze Pfiff eines Hundes. Mit entschlossenem Ausdruck in den männlichen schönen Zügen, faßt er die Zügel fester, und während seine Lippen ein „Vorwärts!“ hervorstoßen, lenkt er sein Tier wieder auf den Weg, der zur Forstmeisterei führt.

Nicht weit vom Gartentor derselben springt ihm bellend ein Jagdhund entgegen. Ein Pfiff ruft den Hund zurück und Forstmeister Rohned tritt, seinen Gut schwenkend, heran.

„Guten Morgen, Herr Graf!“

„Guten Morgen, lieber Rohned!“ Vom Pferde herunter schüttelt er dem Alten die Rechte. „Was macht Ihr junger Gast?“

„Schläft noch, Herr Graf!“

Auf des Herrn Frage gibt Rohned genaue Auskunft, wie er Lore gefunden, und daß sie sich heftig gestraunt habe, nach dem Schloß gebracht zu werden.

Nachdenklich sagte der Graf: „Das wird sich alles aufklären, lieber Forstmeister! Vieles ist in diesen Tagen auf mich eingestürzt, aber — ich glaube, die trüben Wetter haben sich verzogen und — es kann noch ein freundlicher Abend werden. Was die sengende Mittagssonne zerstört hat, kann ein kühler Nachmittagswind wieder aufwecken. Hoffen wir das von ganzem Herzen.“

Die letzten Worte hatte der Graf mit halber Stimme, mehr für sich, gesprochen. Der Forstmeister streckte dem Herrn seine Hand hin und sagte biederer Tones, weil ihm gerade kein besserer Ausdruck einfiel: „Weidmannsheil, Herr Graf!“

Dieser, weit davon entfernt, diesen Ausdruck lächerlich zu empfinden, schlug ein und entgegnete: „Weidmannsheil, mein getreuer Alter! Aber nun lassen Sie uns hineingehen, ich sehne mich nach einer Tasse Kaffee, wie sie die Frau Forstmeisterin so trefflich zubereitet. Der Ritt durch die Morgenfrische hat mich wunderbar gehoben und gestärkt, körperlich und seelisch. Um eins möchte ich Sie noch bitten: überlassen Sie mir einen Raum zu einer ungestörten Aussprache mit Lore — Fräulein von Muthesius!“

„Ganz nach Ihren Wünschen, Herr Graf! In der kleinen Stube drüben im Anbau wird meine Frau das Frühstück herichten und unseren Gast hinarbeiten.“

Eine Viertelstunde später saß der Graf in dem niederen, äußerst beschaglichen Stübchen beim Frühstück. Aber entgegen seiner vorherigen Äußerung sprach er den todenden Gemüthen, welche die Küche der Forstmeisterin geliefert hatte, nur sehr wenig zu. Es war eine nervöse Unruhe über ihn gekommen.

Lore war nach einem tiefen Schlaf erwacht. Zuerst bläute sie erstau auf ihre Umgebung, bis ihr die Einzelheiten ihres gestrigen Abenteuers zum Bewußtsein kamen. „Mein Gott“, dachte sie, „welch einen tödlichen Streich habe ich doch da ausgeführt. Ja, wenn ich noch den Zug erreicht hätte und heute morgen an dem gewünschten Ort mich befände, so möchte es noch hingehen. Aber so, was soll nun geschehen?“ Vor Scham barg sie das Gesicht in ihre Hände. Leise schlich sich aber noch etwas anderes in ihr Denken. Das war die Frage: „Wie ist es jetzt auf Schloß Lindenstein? Weist seine rechtmäßige Herrin schon in den Mauern desselben oder ist Graf Günter unterwegs, um nach empfangener Aufklärung über den Aufenthalt seiner Gemahlin diese heimzuholen?“

Ihr Blick umflorte sich und trübte sich ihr Sinnen.

Plötzlich gewahrte sie, daß die Zeit schon stark vorge-schritten sei und sie kleidete sich rasch an. Dem Hin und Her ihrer Gedanken hatte sie ein Ende gemacht durch den festen Entschluß, so rasch als tunlich von hier aus Station Glaurode zu erreichen und von dort nach Hause zu fahren. Sie wollte deswegen mit dem Forstmeister Rücksprache nehmen.

(Fortsetzung folgt.)

Welt- und Volkswirtschaft.

Was kosten fremde Werte?

Die nachstehende Tabelle besagt, wieviel Mark für 100 Gulden 100 dänische, schwedische, norwegische, österreichische, ungarische oder tschechische Kronen, 100 schweizerische, belgische und französische Franken, 100 italienische Lire, sowie für 1 Dollar und 1 Pfund Sterling gezahlt wurden. („Brief“ — angeboten; „Geld“ — gesucht).

Börsenplätze	31. 1. Geld	31. 1. Brief	30. 1. Geld	30. 1. Brief	Stand 1. 8. 14
Dänemark . . . Guldb.	7442,55	7457,45	7492,50	7507,50	170 Mr.
Dänemark . . . Kron.	4068,40	4076,60	4055,90	4064,10	112
Schweden . . . Kron.	5119,85	5130,15	5119,85	5130,15	112
Norwegen . . . Kron.	3186,80	3193,20	3186,80	3203,20	112
Schweiz . . . Frank.	3936,05	3943,95	3931,00	3939,00	72
Frankreich . . . Franc.	1675,80	1678,70	1673,80	1676,70	80
Belgien . . . Franc.	1593,40	1601,60	1598,40	1606,60	80
Italien . . . Lire	919,05	920,95	905,05	906,95	80
Österreich . . . Kron.	7,23	7,27	6,15	6,22	85
Ungarn . . . Kron.	29,72	29,78	29,87	29,93	85
Tschechien . . . Kron.	887,10	887,90	897,10	897,90	

Berlin, 31. Januar. (Stand der polnischen Mark.) Polenmark an der heutigen Börse mit 6,05 Pf. bewertet.

* Steuerermäßigung für Vollbier. Im Verbrauchssteuer-Ausschuß wurde beschlossen, die Steuer für Vollbier mit einem Stammdürzegehalt von 8 bis 9 Prozent um ein Viertel zu ermäßigen. Zur Förderung des Brauereigewerbes wird aus den Einnahmen der Biersteuer ein weiterer Beitrag in Höhe von 1 Million Mark bereitgestellt. Zur wissenschaftlichen Förderung des Brauereigewerbes werden 1 Million Mark ausgesetzt.

* Zwecks Stabilisierung der polnischen Mark teilt die polnische Landesbank den Banken mit, sie werde alle Arten fremder Valuten den Banken zum Tageskurs verkaufen.

* Dollarsturz in Wien. Die Ankündigung eines englischen Kredites für Österreich hat an der Wiener Börse einen starken Rückgang aller Valuten und Effekten zur Folge gehabt. Die tschechische Krone, die vorige Woche noch 310 notierte, ist auf 140 zurückgegangen. Tschechische Werte sind um 25 bis 30 Prozent zurückgegangen. Der Dollar ging um 1000 Kronen zurück.

* Verringerung der Arbeitslosigkeit in Berlin. Die Zahl der Berliner Erwerbslosen hat sich verringert. Es waren am 21. Januar 57.562 gegenüber 58.997 Personen am 14. Januar. Von diesen 57.562 Erwerbslosen entfielen 44.278 (45.166) auf die Männer und 13.284 (13.831) auf die Frauen.

* Russische Bestellungen bei Deutschland. Nach einer russischen Blättermeldung ist zwischen der Deutschen Osteuropäischen Kreditbank und der Sowjetregierung ein Abkommen getroffen worden, wonach die Sowjetregierung sich verpflichtet, in Deutschland Lokomotiven, Maschinen, landwirtschaftliche Gerätschaften usw. im Werte von 4 Milliarden Mark zu bestellen. Von dieser Summe soll ein Siebentel bar in Gold sofort, drei Siebentel im Juli 1924 und der Rest in Konzessionen auf Gruben und Wälder in den Provinzen Wolgda und Wjatka bezahlt werden. — Eine Bestätigung dieser Meldung bleibt natürlich abzuwarten. Daß von sowjetrussischer Seite in der letzten Zeit größere Aufträge nach Deutschland vergeben wurden, ist jedoch Tatsache.

* Berliner Produktendörse vom 31. Januar. Die amtlich notierten Preise pro 50 Kilogramm ab Station: Weizen, märkischer 407 M., Stett. Roggen geschäftlos. Gerste geschäftlos. Hafer geschäftlos. Mais geschäftlos. Weizenmehl pro 100 Kilogramm 1040—1140 M., feinste Marken über Notiz bezahlt. Stett. Roggenmehl pro 100 Kilogramm 840 bis 910 M., Stett. Weizen- und Roggenmehl 40—43 M., drabgepr. Haferstroh 44—46 M., bindigepr. Weizen- und Roggenstroh 36—38 M., gebund. Langstroh 37—38 M., lose und geb. Krummstroh 28—30 M., Stroh 45—47 M., handelsf. Heu 98—107 M., gutes Heu 115—125 M. für 50 Kilogramm. Nichtamtlich: Kofostuchen 309—321 M., Erdnuthen 404—417 M., Palmsternhülsen 290—302 M. für 50 Kilogramm, Torsmelasse 102—108 M., Weizenkleimelasse 175—180 M., Haferkleimelasse 140—145 M., Weizenkleimelasse 185—190 M., Palmsternhülsenmelasse 175—180 M. für 50 Kilogramm einschl. Papierack. Alles ab Verladung.

Vermischtes.

* Ehekündigung im Hause Radziwill. Durch ein Dekret des russischen Gerichtshofes in Changanen ist die am 5. Juli 1910 in London geschlossene Ehe des zurzeit sechszwanzigjährigen Fürsten Albert Radziwill mit Miß Dorothy Parker-Deacon, einer 1892 geborenen Amerikanerin, jetzt für nichtig erklärt worden. Fürst Albert Radziwill ist das Haupt der preussischen Linie seines Hauses. Sein Großvater war der Generaladjutant des Kaisers Wilhelm I. Fürst Anton Radziwill. Die Ehe wurde während des Krieges ungültig, so schreibt ein amerikanisches Blatt, „nachdem der jüngste Fürst den größten Teil seines Vermögens eingebüßt hatte.“ Miß Dorothy Parker-Deacon wird sich demnächst mit einem ungarischen Grafen Passy wieder verheiraten.

* Künstliche Haarfarben spielen eine Rolle als Erkennungszeichen und auch sonst in der gerichtlichen Medizin. Leicht zu erkennen ist unter dem Mikroskop nur eine oberflächliche Färbung, zum Beispiel mit chinesischer Tusche, Torfarbstoff oder Stiefelwachs. Die überwiegende Zahl der Haarfarbstoffe ist aus Silberfärbungen hergestellt. Der Nachweis gelingt leicht an einem Haar durch Darstellung von Chlorid mit Salpetersäure und Salzsäure. Nach dem Silber ist die Anwendung von Mangan in Haarfarbstoffen erlaubt. Wisnulfärbungen sind nur zu braunen Färbungen oder zu einem bräunlichen Schwarz zu verwenden. Eisenfärbungen liefern schwarze, tintenartige Färbungen, wenn sie mit Hydrogallussäure zusammen verwendet werden. Der Nachweis gelingt mittels der Berliner Blau-Reaktion. Ein überwiegend in ausländischen Präparaten immer noch vorhandenes Haarfarbstoff ist das Blei. Außerdem kommen in ausländischen Haarfarben noch Kobalt, Nickel und Chrom vor. In neuerer Zeit sind mit dem Metallfarben Anilinfarben in Wettbewerb getreten. So ist zum Beispiel das Aureol ein Anilinfarbstoff. Zum Entfärben des Haares, das heißt zum Zerstören des natürlichen Farbstoffes, dienen in erster Linie Lösungen von Wasserstoffsuperoxyd, die durch Hinzufügen von verdünnten Säuren haltbar gemacht sind. Ein weiteres Verfahren zum Bleichen der dunklen oder teilweise ergrauten Haare beruht auf der oxydierenden Wirkung des Natriums.

* Die Verwendung von Flugzeugen zur Fischei. In einer Sitzung der französischen Akademie der Wissenschaften schilderte vor kurzem Prof. Helot die an der Westküste Frankreichs erzielten Ergebnisse bei Versuchen, Lufschiffe in der Fischei zu verwenden. Seeflugzeuge und kleine Lufschiffe, die das Marineministerium zur Verfügung gestellt hatte, beobachteten bei trübem und nebligem Wetter aus 50 oder 100 Meter, bei klarem Wetter aus 150 Meter Höhe, treibendes Seegras. Die Verteilung der Netze und selbst der Schwimmnetz der Seegrasen konnten aus diesen Höhen mit bloßem Auge unterschieden werden. Die wechselnde Beschaffenheit des Grundes war an der wechselnden Farbe zu erkennen und zeigte, daß es möglich sein würde, für Fischdampfer brauchbare Arten anzufertigen. Fämler, Walfische und Ansammlungen von Seeböden, die aus großer Entfernung erkennbar waren, lenkten die Flieger nach Stellen, wo sich Fische befanden. Fische selbst waren zu erkennen, wenn sie nahe der Oberfläche schwammen. Große Sardinenzüge konnte man bei Sonnenschein von Sprottenzügen an der wechselnden Farbe unterscheiden. Durch Funkfunk ließen sich die gemachten Beobachtungen an die Fischerflotten mitteilen.

Aus dem Gerichtssaal.

* Eine Klage Tölers. Der Kommunist Ernst Töler, der in Niederschönenfeld in Bayern wegen Beteiligung an dem Münchener Räteumtrieben Festungshaft verbüßt, hatte gegen den Miesbacher Anzeiger wegen schwerer Verleumdung Klage erhoben. Der Redakteur des Miesbacher Anzeigers, Ed. erklarte, er wolle einen Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen nicht anbieten. Er wurde zu 300 Mark Geldstrafe und Veröffentlichung des Urteils verurteilt.

* Bestrafter Bucher. Die Strafkammer zu Frankfurt a. M. verurteilte die Fabrikanten Rudolf und Karl Philipp aus Wiesbaden wegen übermäßiger Preisforderung zum Schaden des Heeresparks Mainz und wegen schädlichen Preiswuchers zu je 10.000 Mark Geldstrafe unter Einziehung des übermäßigen Gewinns, der auf 952.000 Mark berechnet wurde.

* Ein oberbayerischer Mörder vor dem Sondergericht. Vor dem internationalen Sondergericht in Opatowitz hatte sich der Schlosser Myrcil aus Scharley wegen Beihilfe zur Ermordung des Zeitungsverlegers Kupka, Herausgebers der Wochenchrift „Wola Lubu“, zu verantworten. Myrcil wurde zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, die Strafe wurde jedoch als durch die Amnestie erledigt betrachtet, und der Mordbube wurde sofort auf freien Fuß gesetzt.

Kohlenbericht Elektrizitätswert Mark.

Lagerbestand.			
Kraftwerk:	Herdecke	Elberlingen	Giesel
29. 1. 1922	770 t	1154 t	480 t
30. 1. 1922	643 t	1066 t	477 t

Schriftleitung: Wilh. Bell, Halver i. Westf.

Spiel- und Sport-Verein Halver 1911.

Versammlung

am Freitag, den 3. Februar um 8 Uhr abends im Vereinslokal Büchmann.

Tagesordnung:

1. Aufnahme.
2. Berlesen der letzten Niederschriften und der amtlichen Mitteilungen.
3. Wahl des Sportausschusses.
4. Sportfest.
5. Einteilung d. Übungsstunden.
6. Verschiedenes.

Der Vorstand.



Turn-Verein
Deddinghausen.
(1888)

Die auf Samstag, den 14. 1. anberaumte

Generalversammlung

konnte umstandshalber nicht stattfinden, dieselbe findet nunmehr Freitag, den 3. Februar 7 1/2 Uhr abends im Vereinslokal statt. Tagesordnung wird in derselben bekannt gegeben.

Um zahlreiches Erscheinen wird dringend gebeten.

Der Vorstand.

Erhalte in den nächsten Tagen einen Waggon

Pferdehäcksel.

Bestellungen nehme entgegen.

Albert Herdepe, Halver,
— Telefon Nr. 40 —

Schöne

2 Zimmer-Wohnung

in Menbach gegen solche in Schalksmühle oder Nähe

zu tauschen.

Schriftliche Angebote unter P. P. 118 an die Geschäftsst. des Schalksmühler Gen.-Anz. Schalksmühle.

Nur einen Tag in Lüdenscheld!

kaufen und zahlen wir aufsehenerregende hohe Preise für
Alte künstl. Gebisse . . . bis Mk. 1500.-
Einzelne Zähne (falls brauchbar) . . bis Mk. 25.-
Brennstifte (je nach Größe) . . . bis Mk. 200.-

Einkauf am Freitag, den 3. 2 in Lüdenscheld, Hotel Kaiserhof
Besuchszeit von 10—5 Uhr
Kunden von auswärts erhalten Fahrtvergütung.

Nachlaß-Versteigerung.

Im Auftrage der Erben des verstorbenen Karl Jung in Oberbrügge werde ich am Sonnabend, den 4. Februar nachm. 1 1/2 Uhr

1 kompl. Bett, 1 Kleiderschrank, 1 Nachtkommode, 1 Waschkommode, 1 Anrichte, 1 Herd mit Zubehör, 1 eichene Truhe, 1 Topfbank mit Tische, Stühle und sonstige Haus- und Küchengeräte

öffentlich meistbietend an der früheren Wohnung gegen gleich bare Zahlung versteigern

Boß, beeidigter Auktionator.

Bekanntmachung.

Die Stelle der Schullehrerinnen am Schulsystem Biringhausen sollen demnächst neu besetzt werden. Meldungen mit Gehaltsansprüchen bis 10. 2. 1922 erbeten. Kierspe, den 28. Januar 1922.

Der Amtmann: Hildebrandt

Bekanntmachung.

Die geprüften Gemeinde- und Schulkassenrechnungen von Kierspe für 1920 liegen 14 Tage lang zur Einsicht der Gemeindeglieder im Amtshause Zimmer 3 offen. Kierspe, den 28. Januar 1922.

Der Amtmann: Hildebrandt

Gemeinde Hülscheid.

Die von der Gemeindevertretung am 2. 12. 1921 beschlossene Ortsabgabe b. tr. die Erhebung von Schulbeiträgen für die Berufsschule in der Gemeinde Hülscheid ist von Aufschicht wegen genehmigt worden. Die Ortsabgabe ist in den Schulen, bei dem Gemeindevorsteher, im Amtsbüro zu Elagebach und im Amtshause — hier — ausgehängt.

Lüdenscheld, den 23. Januar 1922.

Der Amtmann: Krumm

Amt Halver.

Fleischverkauf.

Am Donnerstag, den 2. ds. Mts., nachmittags 4 Uhr gelangt in der Wirtschaft Böhle in Halver, Berlinerstraße minderwertiges Rindfleisch zum Verkauf.

Halver, den 1. Februar 1922.

Der Amtmann.

Die
Schuhmacher-Zwangs-Innung von Halver,
Schalksmühle und Umgegend
hat in ihrer letzten Versammlung beschlossen,
sämtliche Arbeiten nur gegen
sofortige Barzahlung
abzugeben.

Lederwaren

Damenhandtäschchen
Besuchstäschchen
Aktenmappen
Briefstaschen
Geldscheintaschen
Portemonnaies

kaufen Sie noch preiswert!
Wilh. Bell jr., Halver.

Radfahrer!

Jetzt wird es Zeit, Euer Rad in Ordnung bringen zu lassen. Emaillieren und Vernickeln sowie sämtliche andere Arbeit übernehme ich zu billigen Preisen in eigener Werkstatt. In Eurem eigenem Interesse liegt es, schon jetzt diese Arbeit vornehmen zu lassen, da ich sonst bis zum Frühjahr nicht für eine rechtzeitige Lieferung garantieren kann.

Wilh. Diebel, Kierspe-Bhf.

Erhalte in den nächsten Tagen

schwefelsaur. Ammoniak,
Thomasmehl, Rainit
und Knochenmehl,

sowie per März mehrere Ladungen
42% Kali-Salz und
Ammoniak-Superphosphat

Bestellungen nehme entgegen
Albert Herdepe, Halver,
— Telefon Nr. 40 —

Wir können für sofort oder in 14 Tagen bis 4 Wochen noch einige

jugendl. Arbeiter

einstellen.

Metallwarenfabrik
Saurand, Halver.

Berbandstoffe

sowie alle

Artikel zur Kranken-
und Säuglingspflege
Irrigatore — Frauenbänder
empfiehlt

Halversche Med.-Drogerie
C. Menke, Frankfurterstraße.

Gebe

Brennholz
auf Ofenlänge geschnitten
laufend ab.

M. Müllers,
Bahnhof Anschlag.

Gut erhaltene, eich. 2-schlaffige

Bettstelle

mit Matratze zu verkaufen.

Näheres in der Geschäftsstelle
des Allg. Anz.-Halver

Ward's

sichere, erschaffliche, hochwichtige
Aufklärungen in allen Lebensfragen
durch Schicksalsprognose. Berech-
nungen nach Schriftprobe und Ge-
burtsdatum. Streng reell! Viele
Dankschreiben! Bartow,
Hannover-Wülfel D 26.

Suche zum 1. April einen
verheirateten

Schweizer.

Neuhans, Kückelhausen
Post Anschlag.

Hotel „Europäischer Hof“
Eiberfeld sucht

Kochlehrfräulein

Eintritt kann am 15. Februar
erfolgen.

Erhielt eine Sendung prima hochfr.

Rühe und
Kinder.

Alfred Meseholler, Neuenhaus
b. Garthausen — Telefon 287.